

Seit September 2001 ist die Bundeswehr als Puffer zwischen Regierungsapparaten und ehemaliger UCK in Mazedonien präsent. "Die Lage ist insgesamt nicht ruhig und nicht stabil," meldet der kommandierende Brigadegeneral Keerl wöchentlich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Nach sechs Monaten gewalttätiger Stagnation ist die Lage ähnlich wie in Bosnien und im Kosovo: von Konfliktbearbeitung keine Spur, - sobald die NATO-Truppen abziehen, könnten die Kontrahenten erneut übereinander herfallen. "Trotz Stabilisierung der Lage im Krisengebiet sei die Präsenz der Bündnisstreitkräfte unverzichtbar," begründete der mazedonische Außenminister Casule am 27. Dezember 2001 die Verlängerung der NATO-Mission bis März 2002. Grund genug für Bundeskanzler Schröder, Ende Januar öffentlich über Führungsqualitäten der Bundeswehr für Afghanistan zu raisonieren. Was hat die Bundesregierung in Mazedonien gelernt?

Mazedonien: Bundeswehr-Training für Afghanistan beendet ?

Mazedonien: Anti-Terror-Solidarität light

Die Anschläge vom 11. September 2001 hatten ernste Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik: in Berlin fiel an diesem Tage jene Sitzung des Verteidigungsausschusses aus, auf der über eine Entlassung von Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping befunden werden sollte. Doch die Erleichterung des Ministers währte nur kurz: für die von Bundeskanzler Schröder angekündigte "uneingeschränkte deutsche Solidarität mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus" ist Scharpings Truppe nicht einmal bedingt einsatzbereit. Von den derzeit 297.655 Bundeswehrsoldaten (7.12.2001) sind maximal 30.000 für Auslandseinsätze ausgebildet und gerüstet. Da die deutschen out-of-area-Einheiten im 6-monatigen Zyklus rotieren (1/3 im Einsatz, 1/3 in Vorbereitung, 1/3 auf "Heimaturlaub"), können maximal etwa 8.500 Soldaten gleichzeitig im Ausland eingesetzt werden. (1) Scharping unternahm im September 2001 die Flucht nach vorne und bot die Übernahme des NATO-Kommandos in Mazedonien an. Denn entgegen allen Erklärungen der Bundesregierung vom Vormonat sollte mit der "einmonatigen" UCK-Entwaffnungs-Operation "Essential Harvest" der Bundeswehr-Auftritt in Mazedonien nicht beendet sein. Ende September hatte die NATO der mazedoni-

(1) Die insgesamt 8.235 im Auslandseinsatz befindlichen Bundeswehrsoldaten (17.1.2002) verteilten sich wie folgt: KFOR/Kosovo: 4.701, TFF/Mazedonien: 617, SFOR/Bosnien: 1.697, Hauptquartier Neapel: 9, UNOMIG/Georgien: 15, Enduring Freedom/Dschibouti: 1.026, ISAF/Afghanistan: 170. BMVg: Unterrichtung des Parlamentes über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, 3/02, Bonn 17.1.2002, S. 10

schen Regierung die Nachfolgeoperation "Amber Fox" abgerungen. Scharpings Kalkül: Wenn die Bundeswehr mit ihrer "Task Force Fox/TFF" erstmals als "Lead Nation" diesen NATO-Einsatz kommandiert, wird hoffentlich niemand einen substanziellen Beitrag der Bundeswehr im unüberschaubaren "Anti-Terror-Krieg" verlangen. Aus Glaubwürdigkeitsgründen bot Scharping der US-Regierung im September zwar einen Lazarett-Airbus, AWACS-Aufklärer und Fuchs-Spürpanzer an - doch nichts davon wollte das Pentagon haben: der Airbus stand fünf Monate einsatzbereit in Köln-Wahn, bevor er Ende Januar erstmals einen Flug zur "International Security Assistance Force/ISAF" nach Bagram unternahm. Die vier AWACS-Boeings wurden zwar aus Geilenkirchen in die USA verlegt (wofür die NATO nicht den Bündnisfall hätte beschließen brauchen), allerdings ohne daß die US-Regierung deshalb andere AWACS-Maschinen in den Mittleren Osten verlegt hätte. Für die solidarischen Fuchs-Panzer fand die Hardthöhe erst nach fünf Monaten Verwendung: sie sollen Ende Februar an einem ABC-Waffenmanöver in Kuwait teilnehmen. Das ist zwar außerhalb des NATO-Vertragsgebietes, auch ist Kuwait kein NATO-PfP-Mitglied, kurz, ein solches Bundeswehrmanöver ist illegal. Legal wird ein deutscher Fuchs-Einsatz allerdings, wenn der Irak angegriffen und die kuwaitische Regierung die Bundeswehr um Unterstützung im Rahmen des Anti-Terror-Bundestagsbeschlusses vom 22. Dezember 2001 bitten würde. Damit wäre - sofern Recht und Gesetz im Anti-Terror-Krieg noch eine Rolle spielen - das Fuchsmanöver eine Vorbereitung zum Angriffskrieg, der nach Art. 26 GG verboten ist.

Mit der Verlegung von zwölf deutschen Kriegsschiffen nach Dschibouti im Januar 2002 erhöhte Rudolf Scharping symbolisch die Zahl der deutschen Auslandstruppen um maximal 1.800 Soldaten. Militärisch ist diese Armada weitgehend nutzlos: sie eignet sich nicht zur Landung in Somalia, ist für den Landbeschuß kaum gerüstet und auch zur Piratenjagd sind Fregatten zu schwerfällig. Dennoch patrouillieren die deutschen Kriegsschiffe seit Anfang Februar vor Somalia. Für Februar wurde daneben die Stationierung deutscher Marineflieger (BR-1150) in Kenia angekündigt, - ein weiteres Indiz für geplante amerikanische Luftangriffe gegen Somalia - allerdings keines für transatlantische Solidarität: Die US-Navy braucht die altersschwachen Breguet-Atlantic-Seeaufklärer aus Nordholz nicht, vielmehr scheint die Bundeswehr davon auszugehen, daß ihre amerikanischen Freunde ihr wieder mal zu wenig Informationen für die deut-

(2) Die militärischen Einsatzziele der deutschen Verbände sind zwar in Afghanistan, Somalia und Kuwait unklar, umso deutlicher lassen sich die rüstungsindustriellen Ziele dieser Einsätze prognostizieren: In Afghanistan wird gerade durch Unvermögen demonstriert, daß die Bundeswehr schnellstmöglich ein neues Transportflugzeug nebst vorgezogener Dingo- und GTK-Panzerfahrzeuge sowie ein Luft-Land-Aufklärungssystem "braucht"; Somalia wird den Ruf nach einem 2. Beschaffungslos für die Korvette 130, dem "Einsatztruppenunterstützungsschiff/ETrUS", neuen Maritime Partol Aircrafts/MPA 2000 sowie der Fregatte 125 mit S-2-Raketen verstärken; das Fuchsmanöver in Kuwait ist ein erster Freilandtest der Versorger Kl. 702 und wird ebenfalls den Ruf nach ETrUS nach sich ziehen. Kurz: die Teilstreitkräfte sind bemüht, durch nutzlose Freilanddemonstrationen ihre Beschaffungswünsche der Öffentlichkeit näherzubringen.

(3) Nicht ohne Einfluß werden der "Blaue Brief" der EU-Kommission vom 30.1.02 angesichts der deutschen Spitzenverschuldung von knapp 3% des BSP und die einstweilige Anordnung von CDU/CSU/FDP vor dem Bundesverfassungsgericht zum Transportflugzeug A-400M gewesen sein, worauf der 1. Senat in Karlsruhe am 29.1.02 die unseriöse deutsche Finanzierung des Milliardenpro-

sche Flotte zukommen lassen wollen. (2)

Anfang Dezember 2001 wurde Amber Fox in Mazedonien um weitere drei Monate bis zum 26. März 2002 verlängert. Ende Januar drängte die US-Regierung jedoch erneut, die Bundeswehr sollte ab April 2002 als Nachfolger der Briten das Kommando über die "International Security Assistance Force/ISAF" der Afghanistan-Mission "Enduring Freedom" übernehmen. Bereits im Dezember hatte sich die Hardthöhe bezüglich dieser Aufgabe für überfordert erklärt, zumal es nach drei Monaten britischem Kommando eine ungleich schwerere Aufgabe ist, Truppen, öffentliche Ordnung und Wiederaufbau zu organisieren, wenn das internationale Interesse an Afghanistan bereits wieder abgenommen hat, versprochene Kontingente und Gelder nicht eintreffen, sich aber gleichzeitig die zunächst abwartenden Warlords wieder organisieren.

Gerhard Schröder hätte dem US-Präsidenten nun gerne die Übernahme des ISAF-Kommandos zugesagt, zumal sich die Bundeswehr gerade in Usbekistan den Flugplatz Termez als Brückenkopf ausbaut. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck erklärte, in diesem Falle müßte die Bundeswehr ihr Kommando in Mazedonien abgeben. Eine Sitzung im kleinen Kreise des Bundeskanzleramtes am 29. Januar 2002 brachte allerdings an den Tag, daß die Bundeswehr weder personell, noch materiell und finanziell als "Lead Nation" in Afghanistan in Frage kommt. (3) Bleibt für die Bundeswehr also Mazedonien als Einsatzgebiet erhalten?

Symbolische Ernte bei Essential Harvest

Als am 13. August 2001 auf Druck der NATO (4) der "Friedensfahrplan" von Ohrid zwischen mazedonischer Regierung und albanisch-stämmigen UCK-Kämpfern unterschrieben wurde, übernahm die NATO die Rolle einer Garantmacht des Abkommens. (5) In der Operation Essential Harvest/OPLAN 10416 sollte die NATO 3.300 UCK-Waffen einsammeln, wofür den Kämpfern Amnestie garantiert wurde. Zugleich sollte die mazedonische Regierung durch Verfassungsänderungen eine stärkere Partizipation der albanisch-stämmigen Bevölkerung in öffentlichen Ämtern, Sicherheitskräften, Schulen und Kultur sicherstellen. Nach einer Volkszählung sollten am 27. Januar 2002 Parlamentswahlen stattfinden. (6)

Der Deutsche Bundestag beschloß am 29.8.01 die Entsendung von 500 Soldaten einer "Task Force Harvest" zu einer vierwöchigen Entwaffnungsaktion nach Mazedonien. Als

Mitte September die ersten von schließlich 400 Bundeswehrsoldaten aus dem benachbarten Kosovo zu Essential Harvest eintrafen, hatten ihre britischen Kameraden bereits über die Hälfte der verabredeten Waffen eingesammelt. (7) "Die Verlegung der restlichen Teile der Stabs-/Unterstützungskompanie von Deutschland nach Tetovo-Erebino wurde am 08.09.01 abgeschlossen. Der Seetransport der Masse des Großgeräts dieser Kompanie endete planmäßig am 10.09.01 in Thessaloniki. Der letzte Materialtransport traf am 12.09.01 in Tetovo-Erebino ein. Die beiden Einsatzkompanien verlegten am 12.09.01 von Tetovo-Erebino in das am Tag zuvor fertiggestellte Feldlager im nahe Skopie gelegenen Camp Piper," (8) erläutert das BMVg deutsche Gründlichkeit bei der Errichtung von vier Waffensammelstellen. Im Klartext: Mit einem logistischen Riesenaufwand für 83,39 Mio. Euro gelang es 400 Bundeswehrsoldaten der "einmonatigen" Task Force Harvest", genau sechs Tage ("Phase III") vier Waffensammelstellen zu unterhalten und dabei (EH-anteilig) etwa 130 Waffen und 2.500 Schuß Munition anzunehmen, die freiwillig abgegeben wurden. Anteilig entspricht das einem Aufwand von 641.462 € pro freiwillig abgegebener Waffe (plus regulären Soldkosten) oder 208.475 € pro Bundeswehrsoldat (plus Sold).

Mit knapp 4.000 Waffen und etwa 200.000 Munitionsgeschossen hatte die 5.070-köpfige Essential Harvest-Truppe nur einen Bruchteil der in den UCK-Reihen vermuteten Waffen eingesammelt. Die Waffen wurden teils vor Ort, teils

jektes vor den Augen aller NATO-Partner monierte.

(4) Die Luftangriffe der mazedonischen "Sicherheitskräfte" auf Berge und Dörfer in Nordmazedonien wurden gestoppt, im Gegenzug verzichteten UCK-Kämpfer auf den Beschuß der Tetovo-Region, ukrainische Waffenlieferungen an Mazedonien halten aber bis heute an. (5) *Zur Entwicklung des Mazedonien-Konfliktes siehe ami 4/01, S. 25ff. und 7-8/01, S. 66ff.*

(6) *Das Abkommen von Ohrid im deutschen Wortlaut in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/01, S. 1266ff.*

(7) *Vgl. ami 9/01, S. 3f.*

(8) *BMVg: Unterrichtung des Parlamentes über die Lage in den Einsatzgebieten, 37/01, Bonn 13.9.2001, S. 8*

(9) *BMVg: 1480002-V337, AnL., Berlin 15.10.2001*

Eingesammelte Waffen bei Essential Harvest (9)

Waffenart	Eingesammelte Waffen			Summe
	Phase I 27.-29.8.01	Phase II 7.-12.9.01	Phase III 20.-25.9.01	
Gewehre	944	1.037	1.229	3.210
Maschinengewehre	194	184	105	483
Raketen/ Panzerabwehrwaffen	69	42	50	161
Flugabwehrsysteme	3	6	8	17
Kampfpanzer/ Transportpanzer	-	2	2	4
Waffen gesamt	1.210	1.271	1.394	3.875
Granaten/Minen	627	153	265	1.045
Handwaffen-Munition	117.948	52.780	24.328	195.056
Artillerie-/Raketenwerfer-Munition	471	-	135	606
Sprengstoff	36	42	276	354
Summe Munition aller Art	119.082	52.975	25.004	197.061
Sonstiges (Waffenteile etc.)	2.276	-	668	2.944

(10) BMVg: 148002-V371, Berlin 25.11.2001, S. 5

nach ihrem Abtransport in Griechenland zerstört. Die mazedonische Regierung schätzt, daß noch etwa ein 10-15-faches Waffenarsenal von der UCK versteckt und verschoben wurde. Auch Walter Kolbow, Parlamentarischer Staatssekretär im BMVg stellte fest: "Die mittlerweile als aufgelöst erklärte mazedonische UCK hat für ein Scheitern des Friedensprozesses logistische Vorsorge getroffen. Sollten neue Gewalttätigkeiten ausbrechen und es gelingen, einen entsprechenden Aufwuchs an Kämpfern zu erzielen, kann angesichts der generellen Verfügbarkeit von Waffen auf dem Balkan - unter Abstützung auf vermutete illegale Verstecke und trotz erfolgreicher Bekämpfung durch KFOR des nicht gänzlich zu unterbindenden Waffenschmuggels - von einer Bewaffnung aller mobilisierten Kämpfer ausgegangen werden." (10) Kurz, die NATO hatte zwar jede abgegebene Patrone aufgelistet doch dabei das verfügbare Waffenarsenal für künftige Kämpfe nicht ernsthaft verringert. Für die Zukunft ist dies auch nicht vorgesehen. Essential Harvest war damit kaum mehr als ein Vorwand für eine dauerhafte NATO-Präsenz in Mazedonien, für die dem Bündnis allerdings ein politisches Konzept fehlt.

Konfliktbetäubung durch Amber Fox

(11) "Starke Einflußnahme der internationalen Gemeinschaft ist weiterhin unverzichtbar. Deutschland hat sich zu einem sehr frühen Zeitpunkt für die Ernennung eines persönlichen Beauftragten des Hohen Repräsentanten der EU für Außenpolitik in Skopje eingesetzt. Seit dessen Ernennung - erst Léotard, nun Le Roy - ist ein deutscher Politischer Berater in das Team des Sonderbeauftragten entsandt. Darüber hinaus stellt Deutschland den im März des Jahres nach Skopje entsandten zivilen

Entsprechend drängte die NATO Ende September auf eine Verlängerung ihrer Präsenz in Mazedonien, um Sicherungsaufgaben im Norden des Landes zu übernehmen. Der Widerstand der mazedonischen Regierung war nicht unerheblich, da sie bis heute fürchtet, das Land könnte als weiteres NATO-Protektorat seine Souveränität verlieren. Schließlich verständigten sich NATO und die Regierung Georgievski auf die dreimonatige Operation Amber Fox/OPLAN 10417. (11) Auf Initiative Rudolf Scharpings übernahm nun die Bundeswehr mit der "Task Force Fox/TFF" erstmals "Verantwortung" als Führungstruppe eines NATO-Einsatzes. Der Bundestag hatte am 27.9.01 der Entsendung von 600 Soldaten zugestimmt. (12) Obwohl die TFF mit Verbänden aus elf weiteren NATO-Staaten de facto Polizeiaufgaben in Nordmazedonien versieht, ist ihr offizieller Auftrag, die 210 zivilen OSZE- und 54 Beobachter der EU-Monitoring Mission zu schützen. (13) Damit werden zivile Beobachter als Vorwand für militärische Operationen mißbraucht. Statt eine zentrale Rolle im mazedonischen Befriedungsprozeß zu übernehmen, wird die OSZE zur Hilfskraft der NATO degradiert. Während die NATO eine "Sicherheitslücke zwischen dem Ende des Mandats Amber Fox und den Parlamentswahlen" fürchtet, möchte die maze-

donische Regierung wenigstens nicht formal auf ihr Gewaltmonopol verzichten. Deshalb schweigen beide Seiten darüber, daß die NATO bis Dezember quasi über das "polizeiliche" Gewaltmonopol in Nordmazedonien verfügte, das sie nun scheinbar an slawo-mazedonische Polizisten, seit Januar auch an gemischte Patrouillen mit albanisch-stämmigen Polizisten abgibt. Die OSZE bildete 2001 750 mazedonische Polizisten aus und möchte 2002 weitere 450 ausbilden. Das mazedonische Innenministerium verfügt über etwa 8.000 Polizisten, darunter 1.000 Spezialpolizisten mit leichter Infantriebewaffnung. Albanisch-stämmige Mazedonier haben zu Sondereinheiten wie den "Mazedonischen Löwen", die für eine Reihe von Anschlägen verantwortlich gemacht werden, keinen Zugang. (14) Die 1.000 zusätzlichen albanisch-stämmigen Polizisten, die im Abkommen von Ohrid vereinbart worden waren, waren bis Mitte Dezember noch nicht einsatzfähig.

Entsprechend gering ist die Akzeptanz gemischter Sicherheitspatrouillen in der albanisch-stämmigen Bevölkerung. Nur gegen erhebliche lokale Widerstände ist die mazedonische Regierung seit November bemüht, wieder slawo-mazedonische Polizeikräfte in albanisch dominierten Ortschaften patrouillieren zu lassen. Die sicherheitspolitische Lage ist trotz "UCK-Entwaffnung", mazedonischem Waffenstillstand und Amber Fox-Truppen unverändert instabil: am 3. Oktober tötete eine Autobombe in Skopje zwei Menschen, Schußwechsel sind an der Tagesordnung, am 17.10. wurde ein Beobachter der EU Monitoring Mission/EUMM verletzt, am 31.10. fuhr ein deutscher Fuchspanzer bei Kumanovo auf eine Mine, am 5.11. wurden bei Tetovo 3 Gräber mit 12 Leichen gefunden, am 8./9.12. wurde ein Brandanschlag auf die orthodoxe St.-Georgs-Kirche bei Tetovo verübt, usw.

Der Ratifizierungsprozeß für die Partizipationsrechte der albanisch-stämmigen Bevölkerung wurde im slawo-mazedonisch dominierten Parlament um zwei Monate bis zum 16. November hinausgezögert, die UCK-Amnestie ist nicht rechtsverbindlich, (15) am 21. November brach über diesen Streitigkeiten die Allparteienregierung von Premierminister Georgievski auseinander. Da die geplante Volkszählung als Voraussetzung der in Ohrid vereinbarten Neuwahlen zum 27.1.02 noch nicht vorbereitet ist, wird nun mit Parlamentswahlen am 27. April 2002 gerechnet. Ergebnis dieser Verzögerungspolitik von slawo-mazedonischer Seite ist seit November eine Zunahme beiderseitiger Anschläge in Nordmazedonien. Ehemalige UCK-Kämpfer sollen mittlerweile wie-

Repräsentanten der NATO (NATO Senior Civilian Representative). Bis Oktober war Botschafter a. D. Eiff, seitdem ist Botschafter a. D. Vollers eingesetzt. ... Dabei geht es vor allem darum, übereiltes Regierungshandeln zu bremsen, Druck auf Gegner des Friedensprozesses auszuüben und gleichzeitig die kooperationswilligen, kompromissbereiten Kräfte zu unterstützen." *BMVg: 1480002-V731, Berlin, 25.11.2001, Anl. 2, S. 4* (12) *BT-Drs. 14/6970, 27.9.2001*

(13) "Die Funktion der Leitnation bedeutet, dass Deutschland die operative Führung eines militärischen Einsatzes übernommen hat. Das Mandat der TFF ist klar umrissen und beschränkt sich auf den zusätzlichen Schutz internationaler Beobachter." *BMVg: 1480002-V731, Berlin, 25.11.2001, Anl. 2, S. 5* (14) *BMVg: 1480002-V731, Berlin, 25.11.2001, Anl. 2, S. 3, 5; ders. Unterrichtung des Parlamentes über die Lage in den Einsatzgebieten, 38/01, 20.9.01, S. 3, ders. 44/01, 2.11.01, S. 4*

(15) Bisher existiert nur eine Absichtserklärung der mazedonischen Regierung vom 9.10.01 nicht straffällig gewordene UCK-Mitglieder zu amnestieren - die dazu nötige Ratifizierung durch das Parlament fehlt allerdings. Am 30.10.01 leitete Innenminister Boskovski 220 Ermittlungsverfahren gegen ehe-

malige UCK-Mitglieder wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verstößen gegen die verfassungsmäßige Ordnung Mazedoniens ein. Auch ohne Amnestiegesetz amnestierte Staatspräsident Trajkovski bis Dezember 2001 66 verurteilte UCK-Kämpfer aus einer Liste von 88 UCK-Kämpfern der 2. Garnitur.

(16) *BT-Drs. 14/7770*,
10.12.2001

(17) vgl. *ami 12/01*, S. 22

der in Westmazedonien trainieren, auch aus dem Kosovo sollen wieder bewaffnete Albaner nach Mazedonien zurückgekehrt sein.

Mit einigem Druck setzte die NATO Anfang Dezember gegen die mazedonische Regierung - die nur eine einmonatige Verlängerung zulassen wollte - durch, daß das Amber-Fox-Mandat über den 26.12.01 hinaus um drei Monate verlängert wurde. Der Bundestag beschloß am 10. Dezember 2001 den Verbleib der gut 600 TFF-Soldaten bis zum 26. März 2002 in Mazedonien. (16) Bis dahin sollen die gut 6-monatigen Bundeswehr-Missionen seit September 2001 etwa 104,5 Mio. € gekostet haben, davon 83,39 Mio. € für die Task Force Harvest und 21,07 Mio. Euro für die Task Force Fox. Daß der letztlich 2-wöchige Essential-Harvest-Einsatz das vierfache des sechsmonatigen TFF-Einsatzes kostete - bei Vergleich der Einsatzdauer sogar das 12-fache - liegt daran, daß ein Großteil der Essential Harvest-Ausgaben für Waffenkäufe statt Sold ausgegeben wurde. (17) Die Kosten für TFF werden nur zum Teil aus dem Verteidigungshaushalt (EP 14) bezahlt, einen Teil der Summe übernimmt das Finanzministerium aus dem Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung). Damit kehrt die Bundesregierung seit dem Kosovo-Krieg 1999 endgültig wieder zu jener intransparenten Mischfinanzierungspraxis von Auslandseinsätzen zurück, die die rot-grüne Regierung noch 1998 abschaffen wollte und deshalb dem Verteidigungsminister zusätzliche out-of-area-Mittel bewilligte.

Taktische Interessen statt konstruktiver Politik

Die vergangenen fünf Monate haben gezeigt, daß das Abkommen von Ohrid kein Friedenskompromiß war, sondern als ein taktisches Manöver der drei Parteien (EU-)NATO, slawo-Mazedoniern und UCK zum jeweils eigenen Vorteil scheitern mußte.

- Die NATO folgte ihrer balkanerprobten "Valium-Strategie", wonach massive Militärpräsenz Gewalt unterbinden und lokale Eliten an größerer Eigenständigkeit hindern soll - Perspektive zweitrangig. Damit "belohnte" die NATO zunächst die militärischen Erfolge der UCK und förderte mit der Einhegung des mazedonischen Regierungs- und Sicherheitsapparates jene slawo-mazedonische Obstruktion, die letztlich jede Vertrauensbildung in den vergangenen Monaten zunichte machte.
- Die zerstrittene mazedonische Allparteienregierung sah im Ohrid-Vertrag zunächst den erzwungenen Ausverkauf

mazedonischer Interessen, die sie mit eigenen Gewaltmitteln gegen die UCK durchsetzen zu können glaubte. Im Schatten der NATO-Missionen hofften Premier- und Innenminister jedoch bald, daß die Demobilisierung der UCK bei gleichzeitiger Verzögerung von Partizipationsrechten für die albanisch-stämmige Bevölkerung die slawisch-mazedonische Dominanz wieder langfristig sichern könnte. Ihre weiterhin vorhandene Hegemonie in den offiziellen Apparaten verleitete sie zu der Fehleinschätzung, mit reaktivem Auftreten strukturell eine Renaissance der UCK verhindern zu können.

- Für die UCK versprach Ohrid zunächst ein von der NATO garantierter Etappensieg zur Legalisierung ihrer Eroberungen zu sein. Dabei spielte die albanisch-stämmige Bevölkerung Mazedoniens die Rolle von (NATO-)schutzbedürftigen Bauern im Spiel von UCK-Warlords, die aus Serbien und dem Kosovo vertrieben worden waren. Mit der Obstruktionspolitik des mazedonischen Parlamentes und Übergriffen von Spezialeinheiten des Innenministeriums schwand in der albanisch-stämmigen Bevölkerung die Zuversicht in eine Friedensordnung. Die potentiellen künftigen UCK-Kämpfer können dabei auf Zeit spielen: Die mazedonische Regierungspolitik drängt die NATO bisher, albanische Interessen zu schützen. Sollte allerdings die NATO dereinst aus Mazedonien abziehen, liegen die Waffen der UCK zum Guerillakampf bereit.

Gemeinsam ist allen drei Interessenlagen, daß ernsthafte Kompromisse nicht gesucht wurden. Das sinnvoll anmutende Abkommen von Ohrid wurde der widerstrebenden Bevölkerungsmehrheit aufgedrängt und entsprechend instrumentalisiert, statt konstruktiv belebt. Eine substanzielle Entwaffnung aller Konfliktfraktionen -Voraussetzung für eine zivile Konfliktbearbeitung - hat die NATO aus Selbstschutzinteressen nicht vorgenommen. Das Ergebnis ist ein NATO-Protektorat, in dem große Teile der offiziellen Vertreter auf einen Abzug der NATO drängen, während sich die albanisch-stämmige Seite ebenfalls auf "den Tag danach" vorbereitet.

Die Rolle der Bundeswehr als "Lead Nation" in Mazedonien kann über Patrouillen kaum hinausgehen, solange sich die europäische Politik darauf beschränkt, mäßigend auf die mazedonische Regierung einzuwirken - symbolische "Valium-Politik", die die Konflikte nicht bearbeitet, weil sie sich mit beiden Seiten nicht ernsthaft anlegen, die jeweiligen Gewaltmittel nicht in Frage stellen oder gar für substanzielle

(18) Nur am Rande sei hier erwähnt, daß sich die türkische Armee aus Prestige Gründen Anfang Januar 2002 um das unbeliebte ISAF-Kommando in Afghanistan bewarb. Daß sie es nicht bekam, obwohl niemand anders es wollte, kann als sicheres Indiz für einen bevorstehenden US-Angriff auf den Irak gewertet werden, an dem die türkische Armee in Kurdistan beteiligt wird.

Unterstützung sorgen möchte.

Die bei Sicherheitspolitikern beliebte Frage der "Lessons learned", also der Konsequenzen aus Militäreinsätzen für die nächste Mission, muß - sieht man von der neuerdings geschickten Vereinnahmung ziviler Kräfte durch das Militär ab - seit 1992/IFOR politisch mit "zero" beantwortet werden. Doch die Bundesregierung beantwortet diese Frage ohnehin nur technokratisch-industriell mit neuen Rüstungsmilliarden. Mazedonien, ein vergleichsweise kleiner Konflikt mit überschaubaren Kontrahenten, zeigt umso deutlicher Unwillen und/oder Unfähigkeit der deutschen "Lead Nation" zu nachhaltiger Friedenspolitik, die mehr ist als Militärpatrouillen.

Vor dieser Stagnation wäre es für die Hardthöhe zwar attraktiver, das Kommando für Amber Fox etwa an italienische Truppen abzugeben und wieder Flagge im nächsten Konflikt zu zeigen. (18) Doch die Inventur bei Kanzler Schröder ergab, daß die Bundeswehr zu größeren Taten kaum fähig ist. Wenn sich die Task Force Fox Ende März nicht von der mazedonischen Regierung aus dem Land schmeißen läßt, verspricht Mazedonien ein ähnliches militärisches Milliardengrab und eine politikfreie Zone wie Bosnien oder Kosovo zu werden, ohne daß das Militär halten kann, was die parlamentarischen Friedensrhetoriker versprechen ■sg